

5000 Arbeitsplätze unter dem Deckel halten?

Von Konrad Graber, Ständerat (Luzern, cvp.)

Die Beschränkungen der kostendeckenden Einspeisevergütung müssten aufgehoben werden, fordert der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber und weist auf positive wirtschaftliche Effekte.

Tausende von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasser können wegen der zur Zeit gültigen Regelung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) nicht verwirklicht werden. Trotz hoher Investitionsbereitschaft herrscht ein Investitionsstau. Angesichts der Rezession ist bei der KEV also eine politische Korrektur dringlich. Betroffen von der jetzigen Situation ist vor allem die Photovoltaik-Branche. Dazu gehören auch Zulieferer für Solarzellen- und Modulhersteller sowie Produzenten von Wechselrichtern.

Wichtiger Wirtschaftszweig

Die Branche erzielte 2008 einen Umsatz von rund 1,5 Milliarden Franken und beschäftigt mehrere tausend Personen. Der Umsatz wurde aber zu etwa 95 Prozent durch Exporte generiert. Die Schweizer Solarstrombranche hat praktisch keinen Heimmarkt, weil die Politik seit Jahren auf die Bremse tritt. Die Unternehmen profitieren also stark von Förderprogrammen im Ausland. Wenn sich dort die staatlichen Rahmenbedingungen aber verschlechtern, schlägt das direkt auf die Schweizer Firmen durch. Es ist heikel, wenn wir uns darauf verlassen, dass die Bedingungen in andern Ländern immer so attraktiv bleiben. Mit Verbesserungen in der Schweiz können Verschlechterungen aufgefangen werden. Ein starker Heimmarkt ist auch wichtig für die Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte. Das kann auch ein entscheidender Faktor bei der Standortwahl eines Unternehmens sein. Ein starker Heimmarkt bedeutet auch eine breite Anwendung in allen Regionen der Schweiz.

Eine beträchtliche Nachfrage besteht auch hierzulande. Rund 3300 für die KEV angemeldete Solarstromanlagen können aber zurzeit nicht realisiert und wirtschaftlich betrieben werden. Die durch einen «Deckel» auf 16 Millionen Franken pro Jahr beschränkten KEV-Mittel sind längst ausgeschöpft. Dadurch sind Investitionen von rund 800 Millionen Franken blockiert. Während die Schweiz im Solarstau steckt, rollt in Deutschland der «Solar-Express» in atemberaubendem Tempo. Seit der Einführung der KEV (ohne «Deckel») stieg dort die Solarstromproduktion bis 2008 von 32 Millionen auf 4,7 Milliarden Kilowattstunden (kWh). In den vergangenen drei Jahren stieg die Zahl der Beschäftigten im Solarstrombereich von 27 000 auf 57 000. Deutschland hat heute 60 Watt Photovoltaik-Leistung pro Kopf installiert, in der Schweiz ist es gerade einmal ein Zehntel davon. Der politisch gewollte Boom bringt in Deutschland nur eine geringe Belastung für die Allgemeinheit. Pro Durchschnittshaushalt (monatlicher Verbrauch von 3800 kWh) bezahlen die Deutschen monatlich rund 1 Franken 50 für Solarstrom, der durch eine KEV abgegolten wird.

Politische Konsequenzen ziehen

Für Solarstrom könnte in der Schweiz ein Marktvolumen wie in Deutschland erreicht werden, nämlich rund 150 Megawatt neu installierter Leis-

tung pro Jahr statt heute 5 bis 10 Megawatt. Das würde ein Investitionsvolumen von rund 1,2 Milliarden Franken pro Jahr auslösen. Davon bliebe mindestens die Hälfte in der Schweiz, was etwa 5000 neuen Arbeitsplätzen entspricht. Das sind eigentlich Gründe genug, um in der Schweiz den Deckel bei der kostendeckenden Einspeisevergütung sowie die Beschränkungen für einzelne Technologien aufzuheben. Das Parlament muss hier rasch eine Gesetzesänderung erlassen. Entsprechende Vorstösse sind lanciert und müssen jetzt von den Energiekommissionen beider Räte an die Hand genommen werden – auch als Konsequenz der vom Bundesrat vorbereiteten konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen. Diese rasche Gangart ist gerade in einer Phase wichtig, in der viele KMU im Bereich der erneuerbaren Stromproduktion unter der Wirtschaftskrise zu leiden beginnen. – Es geht aber auch um einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Stromversorgung, zu einer verbesserten Krisenresistenz, zur Minderung der hohen Auslandsabhängigkeit im Energiebereich und schliesslich auch zum Klimaschutz.

Der Kanton Basel-Stadt wartet nicht auf eine Bundeslösung und hat eine kantonale Einspeisevergütung ohne Deckel eingeführt. Die Basler verknüpfen dies mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Im Rahmen des Pilotprojekts Dachwerk werden 200 bis 600 Jugendliche die Chance haben, einen Beruf mit Zukunft zu erlernen – Solarmonteurin oder Solarmonteur.